

JAHRESABSCHLUSS

zum

31. Dezember 2025

Bundesverband Schießstätten e.V.

Verbandstätigkeit

Düne 3a

33184 Altenbeken

STEUERBÜRO SCHUMACHER

PartmbB Steuerberater

Inhaltsverzeichnis

Auftragsannahme	2
Auftraggeber und Auftragsbegrenzung	2
Allgemeine Geschäftsbedingungen	3
Auftragsdurchführung	4
Vollständigkeitserklärung	6
Grundlagen des Jahresabschlusses	7
Buchführung und Inventar, erteilte Auskünfte	7
Festlegung über die Ausübung von Wahlrechten	8
Feststellungen zu den Grundlagen des Jahresabschlusses	8
Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	10
Rechtliche Verhältnisse	10
Steuerliche Verhältnisse	12
Wirtschaftliche Verhältnisse	13
Vermögenslage	13
Art und Umfang der Erstellungsarbeiten	17
Ausführungen zu den vorgelegten Belegen, Büchern und Bestandsnachweisen	18
Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung	19
Wiedergabe der Bescheinigung	20
Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	21
Anlagen	36
Bilanz zum 31. Dezember 2025	37
Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2025	39
Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025	40
Anhang	41
Anlagenspiegel	42
Allgemeine Auftragsbedingungen der Steuerberater und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften	45

Auftragsannahme

Auftraggeber und Auftragsbegrenzung

Der Vorstand des Vereins

**Bundesverband Schießstätten e.V.,
Altenbeken**

- nachfolgend auch kurz "BVS e. V." oder "Vorstand" genannt -

beauftragte uns, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 aus den von uns geführten Büchern und den uns darüber hinaus vorgelegten Belegen und Bestandsnachweisen, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte nach gesetzlichen Vorgaben und nach den innerhalb dieses Rahmens liegenden Anweisungen des Auftraggebers zur Ausübung bestehender Wahlrechte zu entwickeln. Diesen Auftrag zur Erstellung ohne Beurteilungen haben wir im Januar 2026 in unseren Kanzleiräumen in Dortmund durchgeführt.

Unser Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses umfasste keine über die Auftragsart hinausgehenden Tätigkeiten und damit auch keine erweiterten Verantwortlichkeiten als Steuerberater.

Die Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses oblag der uns mit dessen Erstellung beauftragenden gesetzlichen Vertretung des Auftraggebers, der über die Ausübung aller mit der Aufstellung verbundener Gestaltungsmöglichkeiten und Rechtsakte zu entscheiden hatte.

Wir haben unseren Auftraggeber über solche Sachverhalte, die zu Wahlrechten führten, in Kenntnis gesetzt und von ihm Entscheidungsvorgaben zur Ausübung von materiellen und formellen Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechten) sowie Ermessensentscheidungen eingeholt.

Der uns erteilte Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses umfasste alle Tätigkeiten, die erforderlich waren, um auf der Grundlage der Buchführung sowie der eingeholten Auskünfte zu Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsfragen und der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen den handelsrechtlich vorgeschriebenen Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, zu erstellen.

Da die Anfertigung eines Erstellungsberichts vereinbart, jedoch konkrete Festlegungen zu Art und Umfang unserer Berichterstattung in den Auftragsvereinbarungen nicht ausdrücklich getroffen wurden, berichten wir in berufsüblicher Form im Sinne der *Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen* vom 12./13. April 2010 über Umfang und Ergebnis unserer Tätigkeit.

Unsere Auftragsvereinbarungen sehen vor, dass eine Bezugnahme auf die Erstellung durch uns nur in Verbindung mit dem vollständigen von uns erstellten Jahresabschluss erfolgen darf.

Bei der Auftragsannahme haben wir von unserem Auftraggeber ausbedungen, dass uns die für die Auftragsdurchführung benötigten Unterlagen und Aufklärungen vollständig gegeben werden.

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Steuerberater und steuerberatende Berufsausübungsgesellschaften" maßgebend.

Auftragsdurchführung

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses und bei unserer Berichterstattung hierüber haben wir die einschlägigen Normen unserer Berufsordnung und unsere Berufspflichten beachtet, darunter die Grundsätze der Unabhängigkeit, Gewissenhaftigkeit, Verschwiegenheit und Eigenverantwortlichkeit (§ 57 StBerG).

Die Erstellung des Jahresabschlusses umfasst unabhängig von der Art unseres Auftrags die Tätigkeiten, die erforderlich sind, um auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der eingeholten Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen die gesetzlich vorgeschriebene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und weitere Abschlussbestandteile zu erstellen.

Nicht zur Erstellung des Jahresabschlusses gehören die erforderlichen Entscheidungen über die Ausübung materieller und formeller Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechte sowie Ermessensentscheidungen). Bestehende Gestaltungsmöglichkeiten wurden von uns im Rahmen der Erstellung nach den Vorgaben des Kaufmanns bzw. der gesetzlichen Vertreter ausgeübt.

Wir haben unseren Auftraggeber darüber hinaus über gesetzliche Fristen zur Aufstellung, und Feststellung des Jahresabschlusses aufgeklärt.

Wir haben in unserer Kanzlei Regelungen eingeführt, die mit hinreichender Sicherheit gewährleisten, dass bei der Auftragsabwicklung zur Erstellung eines Jahresabschlusses einschließlich der Berichterstattung die gesetzlichen Vorschriften und fachlichen Regeln beachtet werden.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses haben wir die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Wesentlichkeit beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erforderte von uns die Kenntnis und Beachtung der hierfür geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, einschlägiger Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie der einschlägigen fachlichen Verlautbarungen.

Zur Durchführung des Auftrags hatten wir uns die für die vorliegende Auftragsart erforderlichen Kenntnisse über die Branche, den Rechtsrahmen und die Geschäftstätigkeit des Unternehmens unseres Auftraggebers anzueignen.

An erkannten unzulässigen Wertansätzen und Darstellungen im Jahresabschluss dürfen wir nicht mitwirken. Sofern entsprechende Wertansätze und Darstellungen verlangt oder erforderliche Korrekturen verweigert würden, hätten wir dies in geeigneter Weise in unserer Bescheinigung sowie in unserem Erstellungsbericht zu würdigen oder unseren Auftrag niederzulegen. Dies gilt insbesondere, wenn Vermögensgegenstände oder Schulden unter Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit bewertet wären, obwohl dem tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten offensichtlich entgegenstünden.

Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der vorgelegten Unterlagen wären von uns zu klären. Falls sich diese bestätigten und die Mängel nicht beseitigt würden, brächten wir sich daraus ergebende Einwendungen, soweit sie wesentlich für den Jahresabschluss wären, in unserer Bescheinigung zum Ausdruck. Würden Aufklärungen oder die Vorlage von Unterlagen, die zur Klärung erforderlich sind, oder die Durchführung entsprechender Beurteilungen verweigert, hätten wir unseren Auftrag niederzulegen.

Bei schwerwiegenden, in ihren Auswirkungen nicht abgrenzbaren Mängeln in der Buchführung, den Inventuren oder anderen, nicht in den Auftrag eingeschlossenen Teilbereichen des Rechnungswesens, die unser Auftraggeber nicht beheben wollte oder könnte, darf eine Bescheinigung von uns nicht erteilt werden. Wir hätten unserem Auftraggeber in Fällen dieser Art die Mängel schriftlich mitzuteilen und zu entscheiden, ob eine Kündigung des Auftrags angezeigt wäre.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften des Handels- und Steuerrechts, der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Bestimmungen der Satzung.

Im Rahmen des erteilten Auftrags haben wir die gesetzlichen Vorschriften für die Aufstellung von Jahresabschlüssen sowie die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet. Die Beachtung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand unseres Auftrags.

Vollständigkeitserklärung

Der Vorstand hat uns die angeforderte berufsübliche Vollständigkeitserklärung bezüglich der Buchführung, Belege und Bestandsnachweise sowie der uns erteilten Auskünfte schriftlich erteilt, die wir zu den Akten genommen haben.

Grundlagen des Jahresabschlusses

Buchführung und Inventar, erteilte Auskünfte

Für die Gesellschaft besteht nach § 238 HGB Buchführungspflicht.

Die Buchführung wurde auf unseren EDV-Systemen erstellt. Die dabei eingesetzte Software Kanzlei-Rechnungswesen der DATEV eG erfüllt nach einer Bescheinigung der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vom 28.03.2024 die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Finanzbuchführung und Entwicklung des Jahresabschlusses.

Die Anlagenbuchführung wurde auf unseren EDV-Systemen erstellt. Die dabei eingesetzte Software Anlagenbuchführung der DATEV eG erfüllt im Zusammenhang mit einer Bescheinigung der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vom 28.03.2024 zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Programms Kanzlei-Rechnungswesen die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Anlagenbuchführung.

Die Lohn- und Gehaltsbuchführung wurde auf unseren EDV-Systemen erstellt. Die dabei eingesetzte Software Lohn im RZ mit LODAS der DATEV eG erfüllt nach einer Bescheinigung der Ernst & Young GmbH vom 01.04.2019 die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Lohn- und Gehaltsbuchführung.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die auf den 31. Dezember 2025 durchgeführte Inventur wurde von uns beobachtet/nicht beobachtet. Organisatorische Vorbereitungen und Festlegungen von Durchführungsanweisungen wurden von uns ebenfalls nicht vorgenommen/nicht vorgenommen/vorgenommen.

Auskünfte erteilte der Vorstand.

Der Vorstand benannte folgende Auskunftspersonen: Sarah Drescher

Alle erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise wurden von der Geschäftsführung und von den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht.

Festlegung über die Ausübung von Wahlrechten

Erforderliche Entscheidungen über die Ausübung materieller und formeller Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechte sowie Ermessensentscheidungen) gehören nicht zur Erstellung des Jahresabschlusses. Wir haben unseren Auftraggeber jedoch über die Ausübung materieller und formeller Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechte sowie Ermessensentscheidungen) in Kenntnis gesetzt, Entscheidungsvorgaben unseres Auftraggebers hierzu eingeholt und diese im Rahmen der Erstellung exakt nach den Vorgaben des Kaufmanns bzw. der gesetzlichen Vertreter ausgeübt.

Feststellungen zu den Grundlagen des Jahresabschlusses

Die Organisation der Buchhaltung, das interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die Saldenvorträge zum 1. Januar 2025 entsprechen den Ansätzen in der Bilanz zum 31. Dezember 2024.

Die Buchführung des Auftraggebers ist ordnungsgemäß und beweiskräftig, das Belegwesen ist geordnet. Die Salden des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024 sind ordnungsgemäß vorgetragen worden.

Der Jahresabschluss wurde auf unseren EDV-Systemen erstellt. Die dabei eingesetzte Software Kanzlei-Rechnungswesen der DATEV eG in Nürnberg erfüllt nach einer Bescheinigung der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vom 28.03.2024 die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Finanzbuchführung und Entwicklung des Jahresabschlusses.

Soweit sich im Rahmen unserer Jahresabschlusserstellung Buchungen ergaben, haben wir diese mit dem Vorstand unseres Auftraggebers abgestimmt. Die Abschlussbuchungen wurden bis zum Abschluss unserer Tätigkeit vorgenommen.

Die geltenden handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften wurden unter Berücksichtigung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit beachtet. Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Die einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden im Erläuterungsteil ausführlich dargestellt.

Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Bundesverband Schießstätten e.V.
Rechtsform:	e.V.
Gründung am:	15.03.1994
Sitz:	Altenbeken
Anschrift:	Dune 3a 33184 Altenbeken
Registergericht:	Paderborn
Register-Nr.:	VR 1639
Satzung:	14.02.2022 . Gültig i.d. Fassung vom 01.09.2021
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
Zweck des Verbandes:	die Förderung und Interessenvertretung der Betreiber von Schießstätten für sportliches und jagdliches Schießen
Vorstand:	Dirk Schulte-Frohlinde Rolf Knäpper

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

weitere Mitglieder des Präsidiums: Matthias Carstens
Walter Wolpert
Dirk Henner-Wellershoff
Klaus Gotzen
Peter Clemens
Jochen Sokolowski
Christian Junge (Schatzmeister)
Olaf Niestroj

Entlastung Vorstand für Vorjahr: wurde in der Mitgliederversammlung vom
28. Januar 2025 erteilt.

Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft wird beim Finanzamt Paderborn unter der Steuer-Nr. 339/5871/0433 geführt.

Die Steuererklärungen wurden bis einschließlich 2023 beim Finanzamt eingereicht. Die Freistellungsbescheinigung wurde mit Datum vom 07.11.2024 erteilt.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Vermögenslage

Die aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 abgeleitete Darstellung der Vermögenslage des Auftraggebers lässt sich im Vergleich zum vorherigen Bilanzstichtag folgendermaßen darstellen:

	Bilanz zum 31.12.2025		Bilanz zum 31.12.2024		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
AKTIVA						
Sachanlagen	2,1	1,0	0,9	0,4	1,2	133,3
Finanzanlagen	114,0	53,1	112,2	52,8	1,8	1,6
Forderungen	6,1	2,8	3,5	1,6	2,6	74,3
Sonstige Vermögensgegenstände	27,7	12,9	0,0	0,0	27,7	-
Flüssige Mittel/Wertpapiere	64,5	30,1	95,8	45,1	-31,3	-32,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,1	-100,0
Summe Aktiva	214,5	100,0	212,4	100,0	2,1	1,0
Rundungsbedingte Differenz	0,1		-0,1			
PASSIVA						
Eigenkapital	206,5	96,3	209,0	98,4	-2,5	-1,2
Rückstellungen	1,8	0,8	2,3	1,1	-0,5	-21,7
Lieferverbindlichkeiten	4,9	2,3	1,1	0,5	3,8	345,5
Sonstige Verbindlichkeiten	1,4	0,7	0,0	0,0	1,4	-
Summe Passiva	214,5	100,0	212,4	100,0	2,1	1,0

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

Rundungsbedingte Differenz

-0,1

0

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

	01.01. bis 31.12.2025		01.01. bis 31.12.2024		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	3,1	100,0	2,9	100,0	0,2	6,9
+ Erträge	57,7	1.861,3	60,4	2.082,8	-2,7	-4,5
+ sonst.betriebl.Erträge	27,0	871,0	27,0	931,0	0,0	0,0
- Materialaufwand	0,0	0,0	0,3	10,3	-0,3	-100,0
- Personalaufwand	49,9	1.609,7	49,9	1.720,7	0,0	0,0
- Abschreibungen	0,4	12,9	0,1	3,4	0,3	300,0
- sonst.betriebl.Aufwand	41,8	1.348,4	56,7	1.955,2	-14,9	-26,3
+ Finanzerträge	2,5	80,6	5,2	179,3	-2,7	-51,9
- EE-Steuern	0,7	22,6	0,0	0,0	0,7	-
Ergebnis nach Steuern	-2,5	-80,6	-11,4	-393,1	8,9	78,1
Jahresergebnis	-2,5	-80,6	-11,4	-393,1	8,9	78,1
Rundungsbedingte Differenz (Ergebnis nach Steuern)	0,0		0,1			

Art und Umfang der Erstellungsarbeiten

Art, Umfang und Ergebnis der während unserer Auftragsdurchführung im Einzelnen vorgenommenen Erstellungshandlungen haben wir, soweit sie nicht in diesem Erstellungsbericht dokumentiert sind, in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Gegenstand der Erstellung ohne Beurteilungen ist die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie weiterer Abschlussbestandteile auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Unser Auftrag zur normentsprechenden Entwicklung des Jahresabschlusses aus den vorgelegten Unterlagen unter Berücksichtigung der erhaltenen Informationen und der vorgenommenen Abschlussbuchungen erstreckte sich nicht auf die Beurteilung der Angemessenheit und Funktion interner Kontrollen sowie der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung. Insbesondere gehörte die Beurteilung der Inventuren, der Periodenabgrenzung sowie von Ansatz und Bewertung nicht zum Umfang unseres Auftrags.

Wurden Abschlussbuchungen vorgenommen, z.B. die Berechnung von Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen, so bezogen sich diese auf die vorgelegten Unterlagen und erteilten Auskünfte ohne eine Beurteilung ihrer Richtigkeit.

Auch wenn bei der Erstellung ohne Beurteilungen auftragsgemäß keine Beurteilungen der Belege, Bücher und Bestandsnachweise vorgenommen werden, weisen wir unseren Auftraggeber auf offensichtliche Unrichtigkeiten in den vorgelegten Unterlagen hin, die uns als Sachverständige bei der Durchführung des Auftrags unmittelbar auffallen, unterbreiten Vorschläge zur Korrektur und achten auf die entsprechende Umsetzung im Jahresabschluss.

Ausführungen zu den vorgelegten Belegen, Büchern und Bestandsnachweisen

Beim erteilten Auftrag zur Erstellung ohne Beurteilungen sind Ausführungen zu den von uns geführten Büchern und den uns darüber hinaus vorgelegten Belegen und Bestandsnachweisen nicht erforderlich, weil keine Besonderheiten festgestellt wurden.

Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung

Die Bescheinigung zu dem von uns erstellten Jahresabschluss enthält keine Ergänzungen.

Wesentliche Einwendungen gegen einzelne vom Auftraggeber vertretene Wertansätze bzw. gegen die Buchführung waren von uns nicht zu erheben.

Wiedergabe der Bescheinigung

Nach dem Ergebnis unserer Erstellung haben wir am 22. Januar 2026 dem als Anlagen beigefügten Jahresabschluss der Bundesverband Schießstätten e.V., Altenbeken, zum 31. Dezember 2025 die folgende Bescheinigung erteilt, die von uns an dieser Stelle wiedergegeben wird:

Bescheinigung des Steuerberaters über die Erstellung

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – des Bundesverband Schießstätten e.V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die von uns geführten Bücher und die uns darüber hinaus vorgelegten Belege und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Dortmund, den 22. Januar 2026



Steuerbüro Schumacher PartmbB
Steuerberater

Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
	<u> </u>	<u> </u>
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>2.121,00</u>	<u>915,00</u>
	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
	<u> </u>	<u> </u>
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.121,00	915,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	0,00
Wirtschaftsgüter (Sammelposten)	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>2.121,00</u>	<u>915,00</u>
	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
	<u> </u>	<u> </u>
Summe Sachanlagen	<u>2.121,00</u>	<u>915,00</u>

II. Finanzanlagen

	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>114.007,72</u>	<u>112.179,21</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>114.007,72</u>	<u>112.179,21</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Summe Finanzanlagen	<u>114.007,72</u>	<u>112.179,21</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Summe Anlagevermögen	<u>116.128,72</u>	<u>113.094,21</u>

B. Umlaufvermögen**I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	<u>6.110,00</u>	<u>3.450,00</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Forderungen aus L+L	<u>6.110,00</u>	<u>3.450,00</u>

Die Forderungen entsprechen den noch offenen Mitgliedsbeiträgen zum 31.12.2025. Diese Positionen werden in der Regel im Laufe des folgenden Jahres nach Aufforderung beglichen.

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>27.721,61</u>	<u>0,00</u>
	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
Sonstige Vermögensgegenstände (b.1 J)	27.000,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen+Leist.	<u>721,61</u>	<u>0,00</u>
	<u>27.721,61</u>	<u>0,00</u>

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten zum Zeitpunkt der Berichtserstellung die Forderung i.H.v. 27.000,00 € gegenüber dem Deutschen Jagdverband als jährlicher Zuschuss und i.H.v. 5.000,00 € aus Zinserträgen gegenüber der Deko. Der Jahreskontoauszug lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor, es handelt sich um einen Schätzwert.

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>64.547,10</u>	<u>95.780,02</u>
	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
Kasse	29,14	164,13
Bank	<u>64.517,96</u>	<u>95.615,89</u>
	<u>64.547,10</u>	<u>95.780,02</u>
	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
Summe Umlaufvermögen	<u>98.378,71</u>	<u>99.230,02</u>

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0,00</u>	<u>82,21</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	<u>0,00</u>	<u>82,21</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Summe Aktiva	<u>214.507,43</u>	<u>212.406,44</u>

A. Eigenkapital Verein

	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
I. Vereinskapital	<u>208.961,24</u>	<u>220.410,04</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Vereinskap./s.Mittel nach § 62 (3) AO	<u>208.961,24</u>	<u>220.410,04</u>

Das Kapital des Verbandes ergibt sich aus Zuführungen und Entnahmen durch die Jahresergebnisse der Vorjahre. Durch den Verlust im Jahr 2024 ist das Kapital entsprechend gesunken.

	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
II. Jahresergebnis	<u>-2.492,35</u>	<u>-11.448,80</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Jahresergebnis	<u>-2.492,35</u>	<u>-11.448,80</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Summe Eigenkapital	<u>206.468,89</u>	<u>208.961,24</u>

B. Rückstellungen

	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
1. sonstige Rückstellungen	<u>1.800,00</u>	<u>2.300,00</u>
	<u>31.12.2025</u> EUR	<u>31.12.2024</u> EUR
Sonstige Rückstellungen	<u>1.800,00</u>	<u>2.300,00</u>

C. Verbindlichkeiten

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>4.871,26</u>	<u>1.145,20</u>
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 4.871,26 (EUR 1.145,20)		
	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen+Leist.	<u>4.871,26</u>	<u>1.145,20</u>
	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.367,28</u>	<u>0,00</u>
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 327,28 (EUR 0,00)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.367,28 (EUR 0,00)		
	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt	1.040,00	0,00
Verbindlichkeiten soziale Sicherheit	<u>327,28</u>	<u>0,00</u>
	<u>1.367,28</u>	<u>0,00</u>
	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
Summe Passiva	<u>214.507,43</u>	<u>212.406,44</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

Ideeller Bereich

	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
1. Erträge aus Mitgliedsbeiträgen, Aufnahmegebühren und Umlagen	<u>57.420,00</u>	<u>60.430,00</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Echte Mitgliedsbeiträge	57.420,00	60.250,00
Mitgliedsbeitrag Vorjahr	<u>0,00</u>	<u>180,00</u>
	<u>57.420,00</u>	<u>60.430,00</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
2. Erträge aus Spenden	<u>250,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Erträge aus Spenden/Zuwendungen	<u>250,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
3. Gesamtleistung	<u>57.670,00</u>	<u>60.430,00</u>
4. sonstige betriebliche Erträge		
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
a) übrige sonstige betriebliche Erträge	<u>27.000,00</u>	<u>27.000,00</u>

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Zuschüsse von Verbänden und Behörden	<u>27.000,00</u>	<u>27.000,00</u>

5. Personalaufwand

	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
a) Löhne und Gehälter	<u>46.144,80</u>	<u>46.144,80</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Gehälter	33.415,20	33.415,20
Löhne für Minijobs	12.480,00	12.480,00
Pauschale Steuer für Minijobber	<u>249,60</u>	<u>249,60</u>
	<u>46.144,80</u>	<u>46.144,80</u>

	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>3.729,09</u>	<u>3.769,18</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	51,33	100,06
Soziale Abgaben für Minijobber	<u>3.677,76</u>	<u>3.669,12</u>
	<u>3.729,09</u>	<u>3.769,18</u>

6. Abschreibungen

	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>424,18</u>	<u>84,99</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Abschreibungen auf Sachanlagen	<u>424,18</u>	<u>84,99</u>

7. sonstige betriebliche Aufwendungen

	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
a) Raumkosten	<u>3.360,00</u>	<u>3.360,00</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Miete, unbewegliche Wirtschaftsgüter	<u>3.360,00</u>	<u>3.360,00</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	<u>4.245,42</u>	<u>1.283,21</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Versicherungen	575,42	493,21
Beiträge	<u>3.670,00</u>	<u>790,00</u>
	<u>4.245,42</u>	<u>1.283,21</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
c) Reparaturen und Instandhaltungen	<u>213,61</u>	<u>0,00</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Wartungskosten für Hard- und Software	<u>213,61</u>	<u>0,00</u>

	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
d) Werbe- und Reisekosten	<u>6.747,10</u>	<u>6.353,18</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Repräsentationskosten	684,26	205,28
Reisekosten Übernachtungsaufwand	2.144,98	67,25
Reisekosten Fahrtkosten	3.885,56	6.080,65
Reisekosten Verpfleg.mehraufwand	<u>32,30</u>	<u>0,00</u>
	<u>6.747,10</u>	<u>6.353,18</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
e) verschiedene betriebliche Kosten	<u>9.632,40</u>	<u>19.560,20</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Verwaltungskosten	2.066,40	2.131,29
Kosten Präsidiumsstzung	3.689,20	5.079,35
Porto	164,97	191,87
Telefon	147,69	428,13
Bürobedarf	616,66	0,00
Rechts- und Beratungskosten	727,70	7.778,52
Abschluss- und Prüfungskosten	354,50	2.174,33
Buchführungskosten	1.517,99	1.290,67
Sonstiger Betriebsbedarf	73,44	223,44
Nebenkosten des Geldverkehrs	<u>273,85</u>	<u>262,60</u>
	<u>9.632,40</u>	<u>19.560,20</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
8. Ergebnis nach Steuern	<u>10.173,40</u>	<u>6.874,44</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
9. Jahresergebnis	<u>10.173,40</u>	<u>6.874,44</u>

Vermögensverwaltung

1. sonstige betriebliche Aufwendungen

	2025 EUR	2024 EUR
a) verschiedene betriebliche Kosten	<u>19,50</u>	<u>19,50</u>
	2025 EUR	2024 EUR
Nebenkosten des Geldverkehrs	<u>19,50</u>	<u>19,50</u>
	2025 EUR	2024 EUR
2. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	<u>2.483,53</u>	<u>0,00</u>
	2025 EUR	2024 EUR
Zins- und Dividenderträge	<u>2.483,53</u>	<u>0,00</u>
	2025 EUR	2024 EUR
3. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>0,00</u>	<u>5.245,87</u>
	2025 EUR	2024 EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>0,00</u>	<u>5.245,87</u>

	<u>2025</u> <u>EUR</u>	<u>2024</u> <u>EUR</u>
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>655,02</u>	<u>0,00</u>
	<u>2025</u> <u>EUR</u>	<u>2024</u> <u>EUR</u>
Solidaritätszuschlag	34,14	0,00
Kapitalertragsteuer 25 % (KapG)	<u>620,88</u>	<u>0,00</u>
	<u>655,02</u>	<u>0,00</u>
	<u>2025</u> <u>EUR</u>	<u>2024</u> <u>EUR</u>
5. Ergebnis nach Steuern	<u>1.809,01</u>	<u>5.226,37</u>
	<u>2025</u> <u>EUR</u>	<u>2024</u> <u>EUR</u>
6. Jahresergebnis	<u>1.809,01</u>	<u>5.226,37</u>

Zweckbetrieb	<u>2025 EUR</u>	<u>2024 EUR</u>
1. Umsatzerlöse	<u>3.088,00</u>	<u>2.880,00</u>
	<u>2025 EUR</u>	<u>2024 EUR</u>
Erlöse a. Fortbild./Unterricht stfr.	<u>3.088,00</u>	<u>2.880,00</u>
	<u>2025 EUR</u>	<u>2024 EUR</u>
2. Gesamtleistung	<u>3.088,00</u>	<u>2.880,00</u>
3. Materialaufwand		
	<u>2025 EUR</u>	<u>2024 EUR</u>
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>0,00</u>	<u>256,90</u>
	<u>2025 EUR</u>	<u>2024 EUR</u>
Fremdleistungen	<u>0,00</u>	<u>256,90</u>

4. sonstige betriebliche Aufwendungen

	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
a) verschiedene betriebliche Kosten	<u>17.562,76</u>	<u>26.172,71</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
Leistungen beratender Ingenieure	15.098,78	10.110,13
Kosten Seminare	2.178,98	16.062,58
Kosten Seminare Verpflegung	<u>285,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>17.562,76</u>	<u>26.172,71</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
5. Ergebnis nach Steuern	<u>-14.474,76</u>	<u>-23.549,61</u>
	<u>2025</u> EUR	<u>2024</u> EUR
6. Jahresergebnis	<u>-14.474,76</u>	<u>-23.549,61</u>

Das kumulierte Ergebnis aller Spähren des Verbandes beträgt für das Jahr 2025:

EUR -2.492,35

Anlagen

BILANZ zum 31. Dezember 2025

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR		Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital Verein		
I. Sachanlagen			I. Vereinskaptal	208.961,24	220.410,04
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.121,00	915,00	II. Jahresergebnis	2.492,35-	11.448,80-
II. Finanzanlagen			Summe Eigenkapital	<u>206.468,89</u>	<u>208.961,24</u>
1. Wertpapiere des Anlagevermö- gens	114.007,72	112.179,21	B. Rückstellungen		
Summe Anlagevermögen	<u>116.128,72</u>	<u>113.094,21</u>	1. sonstige Rückstellungen	1.800,00	2.300,00
B. Umlaufvermögen			C. Verbindlichkeiten		
I. Forderungen und sonstige Vermö- gensgegenstände			1. Verbindlichkeiten aus Liefe- rungen und Leistungen	4.871,26	1.145,20
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.110,00	3.450,00	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 4.871,26 (EUR 1.145,20)		
2. sonstige Vermögensgegen- stände	<u>27.721,61</u>	<u>0,00</u>	2. sonstige Verbindlichkeiten	1.367,28	0,00
	33.831,61	3.450,00	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 327,28 (EUR 0,00)		
Übertrag	<u>149.960,33</u>	<u>116.544,21</u>	Übertrag	<u>6.238,54</u>	<u>1.145,20</u>
				208.268,89	211.261,24

BILANZ zum 31. Dezember 2025

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR		Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag	149.960,33	116.544,21	Übertrag	208.268,89	211.261,24
				6.238,54	1.145,20
II. Kassenbestand, Bundesbankgut- haben, Guthaben bei Kreditinsti- tuten und Schecks	64.547,10	95.780,02	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.367,28 (EUR 0,00)		
				6.238,54	1.145,20
Summe Umlaufvermögen	98.378,71	99.230,02			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	82,21			
	214.507,43	212.406,44		214.507,43	212.406,44

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Dezember 2025

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

	Buchwert 01.01.2025 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Abschreibungen Zuschreibungen- EUR	Buchwert 31.12.2025 EUR
A. Anlagevermögen						
I. Sachanlagen						
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	915,00	1.630,18			424,18	2.121,00
Summe Sachanlagen	915,00	1.630,18			424,18	2.121,00
II. Finanzanlagen						
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	112.179,21	1.828,51				114.007,72
Summe Finanzanlagen	112.179,21	1.828,51				114.007,72
Summe Anlagevermögen	113.094,21	3.458,69			424,18	116.128,72

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Erträge aus Mitgliedsbeiträgen, Aufnahmegebühren und Umlagen		57.420,00	60.430,00
2. Erträge aus Spenden		250,00	0,00
3. Umsatzerlöse		3.088,00	2.880,00
4. Gesamtleistung		60.758,00	63.310,00
5. sonstige betriebliche Erträge			
a) übrige sonstige betriebliche Erträge		27.000,00	27.000,00
6. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen		0,00	256,90
7. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	46.144,80		46.144,80
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>3.729,09</u>		<u>3.769,18</u>
		49.873,89	49.913,98
8. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		424,18	84,99
9. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Raumkosten	3.360,00		3.360,00
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	4.245,42		1.283,21
c) Reparaturen und Instandhaltungen	213,61		0,00
d) Werbe- und Reisekosten	6.747,10		6.353,18
e) verschiedene betriebliche Kosten	<u>27.214,66</u>		<u>45.752,41</u>
		41.780,79	56.748,80
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		2.483,53	0,00
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	5.245,87
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		655,02	0,00
13. Ergebnis nach Steuern		2.492,35-	11.448,80-
14. Jahresergebnis		2.492,35-	11.448,80-

Anhang

Anlagenspiegel

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Dezember 2025

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

	Anschaf- fungs-, Herstellun- gskosten 01.01.2025 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchun- gen EUR	Anschaf- fungs-, Herstellun- gskosten 31.12.2025 EUR	kumulierte Abschreibung 01.01.2025 EUR	Abschreibung Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	Umbuchun- gen EUR	kumulierte Abschreibung 31.12.2025 EUR	Zuschreibung Geschäftsjahr EUR	Buchwert 31.12.2025 EUR
A. Anlagevermögen												
I. Sachanlagen												
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	2.585,99	1.630,18			4.216,17	1.670,99	424,18			2.095,17		2.121,00
Summe Sachanlagen	2.585,99	1.630,18			4.216,17	1.670,99	424,18			2.095,17		2.121,00
II. Finanzanlagen												
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	112.179,21	1.828,51			114.007,72	0,00				0,00		114.007,72
Summe Finanzanlagen	112.179,21	1.828,51			114.007,72	0,00				0,00		114.007,72
Summe Anlagevermögen	114.765,20	3.458,69			118.223,89	1.670,99	424,18			2.095,17		116.128,72

Bundesverband Schießstätten e.V. Verbandstätigkeit, 33184 Altenbeken

Unterschrift des Vorstandes

Ort, Datum

Unterschrift

**Allgemeine Auftragsbedingungen der Steuerberater und
steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften**

Steuerbüro Schumacher PartmbB
Steuerberater Stefanie und Sven Schumacher

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Steuerberater und steuerberatende Berufsausübungsgesellschaften

Stand: Januar 2025

Die folgenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ gelten für Verträge¹ zwischen Steuerberatern² und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften (im Folgenden „Steuerberater“ genannt) und ihren Auftraggebern, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Steuerberater zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung unter Beachtung der einschlägigen berufsrechtlichen Normen und der Berufspflichten (vgl. StBerG, BOSTB) ausgeführt.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Rechtslage nach abschließender Erledigung einer Angelegenheit, so ist der Steuerberater nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf die Änderung oder die sich daraus ergebenden Folgen hinzuweisen. Etwas anderes gilt nur, wenn dies ausdrücklich in Textform vereinbart wird.
- (4) Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der dem Steuerberater übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies in Textform vereinbart ist. Der Steuerberater wird die vom Auftraggeber gemachten Angaben, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zu Grunde legen. Soweit er offensichtliche Unrichtigkeiten feststellt, wird er den Auftraggeber darauf hinweisen.
- (5) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten oder sonstigen Stellen dar. Diese ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Steuerberater im Zweifel zu fristwährenden Handlungen berechtigt.

2. Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Steuerberater ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, der Auftraggeber entbindet ihn von dieser Verpflichtung. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Auftragsverhältnisses fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Steuerberaters.
- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Steuerberaters erforderlich ist. Der Steuerberater ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
- (3) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte, u. a. nach § 102 AO, § 53 StPO und § 383 ZPO, bleiben unberührt.
- (4) Der Steuerberater ist von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit dies zur Bestellung eines allgemeinen Vertreters (§ 69 StBerG) oder zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Steuerberaters erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den allgemeinen Vertreter oder den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine – vom Steuerberater angelegte und geführte – Handakte genommen wird.

3. Mitwirkung Dritter

Der Steuerberater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter und unter den Voraussetzungen des § 62a StBerG auch externe Dienstleister (insbesondere datenverarbeitende Unternehmen) heranzuziehen. Die Beteiligung fachkundiger Dritter zur Mandatsbearbeitung (z. B. andere Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte) bedarf der Einwilligung und des Auftrags des Auftraggebers. Der Steuerberater ist nicht berechtigt und verpflichtet, diese Dritten ohne Auftrag des Auftraggebers hinzuzuziehen.

4. Elektronische Kommunikation, Datenschutz³

- (1) Der Steuerberater ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsverarbeitung zu übertragen.
- (2) Der Steuerberater ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern dieser Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Ziff. 2 Abs. 1 Satz 3 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerberater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet.
- (3) Der Auftraggeber wird darauf hingewiesen, dass die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel (E-Mail etc.) mit Risiken für die Vertraulichkeit der Kommunikation verbunden sein kann. In Kenntnis dessen stimmt der Auftraggeber der Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel durch den Steuerberater zu.

5. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln ist dem Steuerberater Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben.
- (2) Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Steuerberater jederzeit, auch Dritten gegenüber, berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Steuerberater Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechnete Interessen des Steuerberaters den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

6. Haftung

- (1) Der Anspruch des Auftraggebers aus dem Auftragsverhältnis mit dem Steuerberater auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens wird auf 4000000 €⁴ (in Worten: vier Millionen €) begrenzt.⁵ Die Haftungsbegrenzung bezieht sich allein auf Fahrlässigkeit. Die Haftung für Vorsatz bleibt insoweit unberührt. Von der Haftungsbegrenzung ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Die Haftungsbegrenzung gilt für die gesamte Tätigkeit des Steuerberaters für den Auftraggeber, also insbesondere auch für eine Ausweitung des Auftragsinhalts; einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbegrenzung bedarf es insoweit nicht. Die Haftungsbegrenzung gilt auch gegenüber Dritten, soweit diese in den Schutzbereich des Auftragsverhältnisses fallen; § 334 BGB wird insoweit ausdrücklich nicht abbedungen. Einzelvertragliche Haftungsbegrenzungsvereinbarungen gehen dieser Regelung vor, lassen die Wirksamkeit dieser Regelung jedoch – soweit nicht ausdrücklich anders geregelt – unberührt.

1 Bei online abgeschlossenen Verträgen mit Verbrauchern ist der DWS-Vordruck Nr. 1130 „Muster-Widerrufsbelehrung, Muster-Zustimmungserklärung und Muster-Widerrufsformular für online abgeschlossene Verbrauchermandate“ zu beachten. Auf die weiterführenden Hinweise im DWS-Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.

2 Der Begriff „Steuerberater“ umfasst jeweils auch Steuerbevollmächtigte.

3 Zur Verarbeitung personenbezogener Daten muss zudem eine Rechtsgrundlage aus Art. 6 DSGVO einschlägig sein. Der Steuerberater muss außerdem die Informationspflichten gem. Art. 13 oder 14 DSGVO durch Übermittlung zusätzlicher Informationen erfüllen. Hierzu sind die Hinweise und Erläuterungen im DWS-Hinweisblatt Nr. 1007 zu den DWS-Vordrucken Nr. 1005 „Datenschutzinformationen für Mandanten“ und Nr. 1006 „Datenschutzinformation zur Verarbeitung von Beschäftigten-daten“ zu beachten.

4 Bitte Betrag einsetzen. Für die Wirksamkeit dieser Haftungsbegrenzung muss bei einer Einzelkanzlei ein Betrag von mindestens 1 Mio. € angegeben werden und die vertragliche Versicherungssumme muss mindestens auch in dieser Höhe bestehen; anderenfalls ist die Ziffer 6 nicht rechtswirksam. Für Berufsausübungsgesellschaften gelten höhere Beträge (siehe Fn. 5). Auf die weiterführenden Hinweise im DWS-Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.

5 Nach § 55f Abs. 1 StBerG ist jede Berufsausübungsgesellschaft, gleich welcher Rechtsform, zum Abschluss und zur Unterhaltung einer Berufshaftpflichtversicherung verpflichtet. Differenziert geregelt ist die Höhe der erforderlichen Versicherungssumme, je nachdem, ob durch die Rechtsform eine Beschränkung der Haftung vorliegt (vgl. § 55f Abs. 2 und 3 StBerG). Nach § 67a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StBerG kann die Haftung durch allgemeine Geschäftsbedingungen auf den vielfachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden, wenn insoweit Versicherungsschutz besteht. Die vertragliche Versicherungssumme muss den Vorgaben hinsichtlich des einzelnen Schadensfalles entsprechen; anderenfalls ist die Ziffer 6 nicht wirksam. Auf die Hinweise im DWS-Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.



- (2) Die Haftungsbegrenzung gilt, wenn entsprechend hoher Versicherungsschutz bestanden hat, rückwirkend von Beginn des Mandatsverhältnisses bzw. dem Zeitpunkt der Höherversicherung an und erstreckt sich, wenn der Auftragsumfang nachträglich geändert oder erweitert wird, auch auf diese Fälle.
- (3) Die Erteilung mündlicher Auskünfte gehört nicht zu den vertraglichen Hauptleistungspflichten des Steuerberaters. Sie bergen die Gefahr insbesondere einer unvollständigen mündlichen Darlegung des zu beurteilenden Sachverhalts sowie von Missverständnissen zwischen Steuerberater und Auftraggeber. Deshalb wird vereinbart, dass der Steuerberater nur für in Textform erteilte Auskünfte einzutreten hat und die Haftung für fahrlässig falsche mündliche Auskünfte des Steuerberaters oder seiner Mitarbeiter ausgeschlossen ist.
- (4) Schadensersatzansprüche des Auftraggebers, mit Ausnahme solcher aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, verjähren in 18 Monaten zum Jahresende ab Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis des Auftraggebers von den Ansprüchen, spätestens aber in fünf Jahren zum Jahresende ab der Anspruchsentstehung. Maßgeblich ist die früher endende Frist.
- 7. Pflichten des Auftraggebers; unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers**
- (1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Steuerberater unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Steuerberater eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Mitteilungen des Steuerberaters zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.
- (2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Steuerberaters oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.
- (3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Steuerberaters nur mit dessen Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
- (4) Setzt der Steuerberater beim Auftraggeber Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet, die Programme nur in dem vom Steuerberater vorgeschriebenen Umfang zu nutzen, und er ist auch nur in dem Umfang zur Nutzung berechtigt. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Steuerberater bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Steuerberater entgegensteht.
- (5) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Ziff. 7 Abs. 1 bis 4 oder anderweitig obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Steuerberater angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Steuerberater berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen. Unberührt bleibt der Anspruch des Steuerberaters auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.
- 8. Urheberrechtsschutz**
- Die Leistungen des Steuerberaters stellen dessen geistiges Eigentum dar. Sie sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe von Arbeitsergebnissen außerhalb der bestimmungsgemäßen Verwendung ist nur mit vorheriger Zustimmung des Steuerberaters in Textform zulässig.
- 9. Vergütung, Vorschuss und Aufrechnung**
- (1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagensatz) des Steuerberaters für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG bemisst sich nach der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV). Eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung kann in Textform vereinbart werden. Die Vereinbarung einer niedrigeren Vergütung ist nur in außergerichtlichen Angelegenheiten zulässig. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistung, der Verantwortung und dem Haftungsrisiko des Steuerberaters stehen.
- (2) Für Tätigkeiten, die in der StBVV keine Regelung erfahren (z. B. § 57 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 StBerG), gilt die vereinbarte Vergütung, anderenfalls die für diese Tätigkeit vorgesehene gesetzliche Vergütung, ansonsten die übliche Vergütung (§§ 612 Abs. 2 und 632 Abs. 2 BGB).
- (3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Steuerberaters ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig. Etwas Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung einer gezahlten Vergütung verjähren in 18 Monaten zum Jahresende nach Zugang der Rechnung beim Auftraggeber.
- (4) Für bereits entstandene und voraussichtlich entstehende Gebühren und Auslagen kann der Steuerberater einen Vorschuss fordern. Wird der geforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Steuerberater nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den Auftraggeber einstellen, bis der Vorschuss eingeht. Der Steuerberater wird seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Auftraggeber rechtzeitig bekanntgeben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können. Für den Steuerberater ist eine Verrechnung von Vorschüssen mit allen fälligen Forderungen aus dem Auftragsverhältnis möglich, unabhängig davon, für welche Tätigkeit der Vorschuss gefordert wurde.
- (5) Der Auftraggeber kommt in Verzug, wenn er nicht innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum zahlt.
- 10. Beendigung des Auftrags**
- (1) Der Auftrag endet mit Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Auftrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.
- (2) Der Auftrag kann – wenn und soweit er einen Dienstvertrag i. S. d. §§ 611, 675 BGB darstellt – von jedem Vertragspartner außerordentlich gekündigt werden, es sei denn, es handelt sich um ein Dienstverhältnis mit festen Bezügen, § 627 Abs. 1 BGB; die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer Vereinbarung zwischen Steuerberater und Auftraggeber.
- (3) Mit Beendigung des Auftrags hat der Auftraggeber dem Steuerberater die beim Auftraggeber zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. zu löschen.
- (4) Nach Beendigung des Auftragsverhältnisses sind die Unterlagen beim Steuerberater abzuholen.
- (5) Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Steuerberaters nach den gesetzlichen Regelungen, insbesondere § 12 Abs. 4 StBVV. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer gesonderten Vereinbarung in Textform.
- 11. Zurückbehaltungsrecht in Bezug auf Arbeitsergebnisse und Unterlagen**
- (1) Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten oder dies im Wege der elektronischen Datenverarbeitung vornehmen.
- (2) Der Steuerberater kann die Herausgabe der Dokumente verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist (§ 66 Abs. 3 StBerG). Hinsichtlich der Arbeitsergebnisse gilt ein vertragliches Zurückbehaltungsrecht als vereinbart.
- 12. Gerichtsstand, Erfüllungsort, Information VSBG**
- (1) Für den Auftrag, seine Ausführung und sich hieraus ergebende Ansprüche gilt ausschließlich deutsches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist, sofern der Auftraggeber Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, die berufliche Niederlassung des Steuerberaters. Dies gilt auch für den Fall, dass der Auftraggeber nach Auftragserteilung seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in das Ausland verlegt oder der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthaltsort im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt sind.
- (2) Der Steuerberater ist nicht bereit, an einem Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen (§§ 36, 37 VSBG).⁶
- 13. Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit**
- Sollten einzelne Bestimmungen dieser Geschäftsbedingungen unwirksam sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.

⁶ Falls die Durchführung von Streitbelegungsverfahren vor der Verbraucherschlichtungsstelle gewünscht ist, ist das Wort „nicht“ zu streichen. Auf die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle ist in diesem Fall unter Angabe von deren Anschrift und Website hinzuweisen.